

Die Gleichheit.

Zeitschrift für die Interessen der Arbeiterinnen.

Herausgegeben von Emma Ihrer in Pankow bei Berlin.

Die „Gleichheit“ erscheint alle 14 Tage einmal. Preis der Nummer 10 Pfennig, durch die Post (eingetragen unter No. 2756) vierteljährlich ohne Bestellgeld 35 Pf.; unter Kreuzband 85 Pf. Inseratenpreis die zweispaltige Petitzeile 20 Pf.

Stuttgart
Mittwoch, den 29. Mai
1895.

Zuschriften an die Redaktion der „Gleichheit“ sind zu richten an Fr. Clara Zetkin (Eigener), Stuttgart, Rothebühlstraße 147, III. Die Expedition befindet sich in Stuttgart, Furchbachstraße 12.

Des Umsturzwummels Glück und Ende.

Die Umsturzvorlage, in deren Zeichen monatelang unsere politischen Verhältnisse standen, ist gefallen. Sie fiel unter unfäglicher Verachtung draußen im Lande, unter stürmischer Heiterkeit drinnen im Parlament; sie fiel preisgegeben und verleugnet von denen, die seinerzeit die lautesten Rufe gewesen zum Streit für „Ordnung, Religion und Sitte“.

Der Druck der öffentlichen Meinung, die in Fluß gekommene Protestbewegung, welche sich nicht auf die Masse des werththätigen Volkes beschränkte, vielmehr weit hinübergreif in die Kreise von Besitz und Bildung, war zwar nicht allein ausschlaggebend, aber doch von sehr wesentlichem Einfluß auf das Schicksal des Wechselbalgs Umsturzvorlage. Die bürgerliche Presse oppositioneller Färbung hallt deshalb wider von überschwänglichem Lob für das freiheitlich gesinnte und freiheitlich thatende deutsche Bürgerthum. Sie redet gar viel von der vernichtenden Niederlage, der unsterblichen Blamage, welche die Regierung gelegentlich des Umsturzwummels davongetragen hat. Davon, daß auch dem deutschen Bürgerthum, den bürgerlichen Parteien, ihr gerüttelt und geschüttelt Maß von dieser Niederlage, dieser Blamage zukommt, davon kein Wort.

Gewiß, die reaktionäre Regierung hat sich in Sachen der Umsturzvorlage bis auf die Knochen blamirt. Wir frenen uns aufrichtig der Thatsache. Aber darüber kann und darf nicht vergessen werden, daß die deutsche Bourgeoisie es war, die vor noch nicht Jahresfrist die reaktionäre Regierung aufforderte zu einem Kreuzzug gegen den Umsturz; daß sie es war, welche die reaktionäre Regierung um scharfe Maßregeln gegen die Sozialdemokratie in Reaktionäre und wehmüthiger Weise anwinkelte. Und die bürgerlichen Parteien, allen voran die Nationalliberalen, stimmten in das Gewinsel ein, verhielten mehr oder minder zynisch offen oder verschämmt einer „starken Regierung“ ihre „positive Mitarbeit“ zur Knebelung der Sozialdemokratie.

Die Regierung verlor den „Muth der Kaltblütigkeit“ mit dem sie geprunnt, sie brachte im Reichstage die Umsturzvorlage ein. Parlamentarische und journalistische Wortführer der bürgerlichen Parteien standen nicht an zu erklären: die Vorlage ist ein Monstrum, ein Attentat gegen das Wenig, was das deutsche Volk an politischen Freiheiten besitzt. Der Kautschuk ihrer Fassung verleiht schneidigem Büttelthum und auslegetroher Juristerei die Machtvollkommenheit, mit den verfassungsgemäß verbrieften Volksrechten nach freier Willkür vollständig aufzuräumen, jede mißliebige politische und soziale Strömung todzuschlagen, Preß- und Redefreiheit, Vereins- und Versammlungsrecht zu frommen Sagen zu verwandeln.

Trotz alledem besaß die bürgerliche Reichstagsmajorität weder die politische Einsicht, noch den politischen Muth und Anstand, die Umsturzvorlage in erster Lesung abzulehnen, sich prinzipiell und endgiltig zu verwahren gegen jede Bergewaltigung der politischen Freiheiten, gegen jede Knebelung der Ueberzeugung irgend einer politischen Partei. Umgekehrt: bis in die süddeutsche Volkspartei fanden sich Parlamentarier, welche von dem „guten“, dem „berechtigten Kern“ der Umsturzvorlage zu sprechen wagten. Diese flog nicht in den wohlverdienten Papierkorb, sie wanderte in eine Kommission.

In der Kommission aber war das Zentrum die ausschlaggebende Macht, wie es im Reichstag die ausschlaggebende Macht ist. „Du hast die Reaktion gewollt“, erklärte es der deutschen Bourgeoisie, „gut, Du sollst die Reaktion haben! Aber keine halbe, die volle, die ganze Reaktion! Nicht den Stillstand der Kultur-entwicklung, ihre Rückführung ins Mittelalter.“ Und das Zentrum ging ans Werk, es zog alle freiheitsmörderischen Konsequenzen, auch die äußersten, welche im Keime in der Umsturzvorlage enthalten waren. So verwandelte sich die Umsturzvorlage unter den Händen der Kommission aus einem Werkzeug zur Knebelung des klassenbewußten Proletariats zu Gunsten der Klassenherrschaft der Besitzenden in ein Werkzeug zur Unterdrückung der modernen Wissenschaft und Kunst, des modernen Kulturlebens zu Gunsten der Herrschaft der katholischen Kirche. Nicht das Proletariat allein sollte mundtot gemacht, politisch und wirtschaftlich an Händen und Füßen gefesselt werden, auch die gesammte neuzeitliche Kultur-entwicklung, die doch in erster Linie und vor allem den Besitzenden zu Gute kommt.

Das war nicht nach dem Geschmack des „aufgeklärten“, des „gebildeten“ Bürgerthums. Der aufgeklärte, gutgesinnte Bourgeois hatte zur schonungslosesten Niederbützelung der Sozialdemokratie, der Arbeiterklasse gehebt. Daß er selbst aber nicht mehr unbeschränkte Freiheit haben sollte, sich am Stammtische als „Freidenker“ aufzuspielen, Gott zu lästern und sich in Gedanken der illegitimen Freuden eines „zarten Verhältnisses“ über die Ehe weiblich lustig zu machen, das empfand er als eine Schmach, gegen die er sich wehren mußte. Gegen die Kommissionsfassung der Umsturzvorlage kam eine Protestbewegung in Gang, die zuerst und zumeist von Gelehrten, Künstlern, Schriftstellern, Journalisten, Buchhändlern u. getragen wurde, aber nach und nach immer weitere Kreise in der Welt der Besitzenden und Gebildeten zog. Es regnete Petitionen und Proteste gegen die dem Reichstag angefonnene Verböserung des gemeinen Rechts.

Die oppositionelle bürgerliche Presse hat diese Kundgebungen bürgerlicher Schichten als Beweise verherrlicht für die politische Wiedergeburt der deutschen Bourgeoisie, sie hat diese selbst über den grünen Klee gepriesen als heldenhafte Vorkämpferin für politische Freiheit und modernes Kulturleben. Nichts falscher als diese Werthschätzung. Diese Kundgebungen reden laut und eindringlich vom politischen Verfall des deutschen Bürgerthums. Abgesehen von einigen wenigen, die ausgehen von ehrlichen Demokraten, von ernstern Sozialreformern und schwärmenden Ideologen, protestiren sie nicht gegen den Versuch eines Umsturzes überhaupt, nicht gegen jede Bedrohung und Beschränkung der lärglichen deutschen Volksfreiheit, sondern nur gegen die „Uebergriffe des Zentrums“, gegen die klerikalisirte Fassung der Kommissionsvorlage. Mit einem maskirten Sozialistengesetz, wie es die Regierung wollte, hätte sich das „gebildete“ deutsche Bürgerthum mit Freuden abgefunden, von Bestimmungen wollte es nichts wissen, die mit neben dem Proletariat auch die Bourgeoisie in ihrer geistigen und politischen Bewegungsfreiheit getroffen hätte.

Die leichte, aber breite Protestbewegung hat den kompromißlüsternen bürgerlichen Politikern das Rückgrat gesteiht, sie sprangen der Regierung nicht über den Stoc. Aber nicht der Druck der

öffentlichen Meinung allein war ausschlaggebend für das klägliche Ende des Umsturzwummels. Gewichtigere Umstände wirkten in der gleichen Richtung. Der Kautschuk der ausgeklügelten Knebelungsparagrafen hätte eventuell ihre Anwendung erlaubt auf jede, auch die zahmste bürgerliche Opposition. Keine bürgerliche Partei war sicher, vorkommenden Falles nicht die nämlichen Ketten tragen, die nämlichen Geißelstöße dulden zu müssen, die sie der Sozialdemokratie gegönnt hätte. Zuletzt und nicht am wenigsten: die einander widerstreitenden wirtschaftlichen Interessen der verschiedenen Kategorien der Kapitalistenklasse, welche von verschiedenen politischen Parteien vertreten werden, verhinderten einen Zusammenschluß zu der einen reaktionären Masse dem Umsturz gegenüber. Die bürgerlichen Parteien konnten sich nicht einigen über den politischen und wirtschaftlichen Schacherpreis, um den sie für einander und für die Regierung feil waren. Nicht einer grundsätzlichen, einheitlichen Gegnerschaft gegen die Reaktion, gegen die Vernichtung der Volksfreiheiten erlag die Umsturzvorlage, sie fiel in Folge der Interessengegensätze innerhalb der Welt der Besitzenden und der bürgerlichen Parteien, sie fiel aus kleinlichen, geschäftlichen Augenblicksrücksichten.

Die Regierung aber hat das Ende des Umsturzwummels in der versuchten Form beschleunigt durch das unvergleichliche Eingreifen des ministeriellen Kleeblatts, des Justizministers, Kriegsministers und des trefflichen Polizeiministers von Köller. Das ebenso unverföhrene als täppische Auftreten dieser Herren hat die bürgerlichen Parteien zur Opposition emporgeweicht; es war so beispiellos provozierend, daß es bei den bürgerlichen Reichstagsabgeordneten alles wachrufen mußte, was sie an politischem, ja an persönlichem Ehrgefühl besaßen.

„Die Umsturzvorlage ist todt, es lebe die Umsturzvorlage“, soll der unfreiwillige Agitator für die Sozialdemokratie, Herr von Köller nach der entscheidenden Abstimmung ausgerufen haben. In der That, es ist nichts weniger als ausgeschlossen, daß dem Reichstag nicht demnächst die Vorlage zugeht, ein unverhülltes Sozialistengesetz, ein naechtes Ausnahmegesetz gegen das kämpfende Proletariat zu fabriciren. Im Lager der Konservativen und Nationalliberalen fordert man laut und lauter ein solches. Welche Stellung die Regierung zu dem Begehren einnehmen wird, darüber läßt sich nicht prophezeien, denn ihre Stellung hängt von Gewalten ab, die unberechenbar und unverantwortlich sind. Plötzlich ist bei ihr Trumpf, und nicht bloß nach Ausnahmegeetzen gelüftet es der Reaktion, auch nach dem Umsturz von oben, nach einem Staatsstreich, nach einer Meuchelung des allgemeinen, gleichen, direkten und geheimen Wahlrechts.

Die Sozialdemokratie, die zielbewußte Arbeiterklasse, sieht allen Möglichkeiten ruhig und gewappnet in heiterer Siegeszuversicht entgegen. Sie geht daran, den Gewinn, den ihr die Situation gebracht hat, endgiltig einzuheimsen und zu bergen, völlig auszunützen. Sie war die erste politische Partei, welche die Bewegung gegen die Umsturzvorlage in die Massen getragen hat. Sie war die einzige Partei, welche im Reichstag und außerhalb seiner Mauern jedes Antaasten der politischen Freiheiten der Nation grundsätzlich bekämpfte. Die Kritik, welche ihre Vertreter an der Umsturzvorlage, an den heutigen Verhältnissen übten, haben weite Kreise indifferenten politischen Wachgerüttelt. Klärllich zeigte es sich, daß die sozialistische Bewegung so innig mit der gesamten Zivilisation unserer Zeit verwachsen ist, daß man die Sozialdemokratie nicht fesseln kann, ohne gleichzeitig die moderne Kulturentwicklung schwer zu schädigen, sie rückwärts zu bremsen. So ist es nur natürlich, daß der Sozialdemokratie in der Zeit des Umsturzwummels neue Schaaeren von Anhängern zugeströmt sind. Und dies nicht bloß aus dem Proletariat, auch aus anderen gesellschaftlichen Schichten. Nun gilt es, diese oppositionellen, unklaren Elemente der Partei zu assimiliren, ohne sich von ihnen beeinflussen zu lassen, sie aus radikalen Mittläufern zu zielbewußten Genossen zu erziehen. Die Aufgabe ist groß, sie ist schwierig, aber die Sozialdemokratie wird sich ihr gewachsen zeigen. An ihrer altbewährten revolutionären Taktik festhaltend, marschirt sie durch die Wirrnisse, welche die Situation zeitigt, von Sieg zu Siege.

Arbeiterinnen-Bewegung.

— In der Zeit vom 1. bis 20. Mai fanden öffentliche Versammlungen statt in: Alten-Buseck, öffentliche Versammlung aller in der Tabakindustrie beschäftigten Arbeiter und Arbeiterinnen: „Die Nothwendigkeit der Organisation“ (Genossin Blohm); Altwasser, öffentliche Versammlung für Männer und Frauen: „Die Bedeutung des 1. Mai“ (Genosse Kühn); Berlin, öffentliche Versammlung aller in der Luxus- und Spitzenpapierbranche beschäftigten Arbeiter und Arbeiterinnen: „Die Arbeitsverhältnisse in der Papierbranche“ (Genosse Sailer); öffentliche Versammlung der in den Kontobücherfabriken beschäftigten Arbeiter und Arbeiterinnen: „1) Wahl eines Vertrauensmannes“, 2) „Die politische Lage“ (Genosse Hoffmann); öffentliche Versammlung aller in der Posamentenbranche beschäftigten Arbeiter und Arbeiterinnen: „Der Kampf ums Dasein“ (Genosse Wolf Hoffmann); Braunschweig, öffentliche Volksversammlung: „Das Schicksal der Umsturzvorlage“ (Genosse Dr. Quarc); Buxtehude, öffentliche Versammlung für Männer und Frauen: „Die internationale Mairbewegung“ (Genosse Krause); Cannstatt, öffentliche Versammlung der Schneider und Schneiderinnen: „Die Zustände in der Konfektionsbranche“ (Genosse Knoop); Daubringen, öffentliche Versammlung für Männer und Frauen: „Die Nothwendigkeit der Organisation für die Tabakarbeiter“ (Genossin Blohm); Stebrügge, öffentliche Volksversammlung: „Die internationale Bedeutung der Mairfeier“ (Genosse Krause); Harburg, große öffentliche Versammlung für Arbeiter und Arbeiterinnen: „Der Streik auf den Palmkernölsfabriken“ (Genosse Baerer); Heuchelheim, öffentliche Volksversammlung: „Warum sollen sich die Tabakarbeiter organisiren?“ (Genossin Blohm); Köln, öffentliche Volksversammlung: „Das Schicksal der Umsturzvorlage“ (Reichstagsabgeordneter Schuhmacher); Leipzig, öffentliche Versammlung aller in der Maß- und Konfektionschneiderei beschäftigten Arbeiter und Arbeiterinnen: „Weshalb fordern wir die Einrichtung von Betriebswerkstätten unter Beleuchtung der durch das Schwitzsystem hervorgerufenen Mißstände?“ (Genossin Palm); Mannheim, öffentliche Versammlung der Schneider und Schneiderinnen: „Warum fordern wir Betriebswerkstätten?“ (Genosse Dolinski); Meerane, öffentliche Versammlung aller in der Textilindustrie beschäftigten Personen: „Die allgemeine Lage der Weber am Orte und die eventuelle Lohnaufbesserung der Hausweber“ (Genosse Kirmse); Moabit, große öffentliche Volksversammlung: „Die Umsturzvorlage“ (Reichstagsabgeordneter Wilhelm Bloß); Nürnberg, öffentliche Schneider- und Schneiderinnenversammlung: „Die Nothwendigkeit der Betriebswerkstätten“ (Genosse Segitz); Obertriebhel, öffentliche Versammlung für Männer und Frauen: „Die Vorlage des Reichstags und die Bedeutung des 1. Mai“ (Reichstagsabgeordneter Albin Gerisch); Wiesek, öffentliche Versammlung der Tabakarbeiter: „Weshalb organisiren wir uns?“ (Genossin Louise Blohm).

— Vereinsversammlungen fanden in der nämlichen Zeit statt in: Berlin, Mitgliederversammlung des Verbands der Arbeiter und Arbeiterinnen der Wäsche- und Kravattenbranche: „Kassenbericht“; Mitgliederversammlung des Textilarbeiterverbandes: „Die Lohnverhältnisse in der Posamentenbranche“ (Genosse Mahlke); Mitgliederversammlung der Freien Vereinigung aller in der Schuhwaarenindustrie beschäftigten Arbeiter und Arbeiterinnen: „Die Bedeutung der Verkürzung der Arbeitszeit“ (Genosse Dr. Weyl); Hamburg, Mitgliederversammlung des Verbands der Fabrik-, Land- und Hilfsarbeiter und Arbeiterinnen: „Die Frauenarbeit und ihr Einfluß in wirtschaftlicher und politischer Beziehung auf die Gesamtarbeiterschaft“ (Genosse Liebcher); Stuttgart, Mitgliederversammlung des Bezirksvereins Westen: „Die Thätigkeit des Landtages“ (Genosse Agster); Wellingdorf, Mitgliederversammlung des Bildungsvereins für Frauen und Mädchen: „Der Einfluß der Krisen auf das Gesellschaftsleben“ (Genosse Kläß).

Die Mairfeier.

Das kämpfende internationale Proletariat kann auch dies Jahr wieder mit stolzer Befriedigung auf seinen Mairtag zurückschauen. Er war würdig der großen Kulturbewegung, deren Trägerin die zielbewußte Arbeiterklasse ist. Trotz der verschiedenen Formen, in denen der Arbeit Mai in den einzelnen Ländern begangen wurde, hatte die Feier überall den gleichen Inhalt: die kraftvolle Versicherung aller bewußt gewordenen Ausgebeuteten, keinen Frieden mit der kapitalistischen Gesellschaft schließen zu können, die volle Befreiung der Arbeit durch den Kampf von Klasse zu Klasse erringen zu wollen; die klipp und klare Forderung aller Reformen, welche das Proletariat

körperlich, geistig und sittlich heben, seine Kampfesfähigkeit damit steigern, sein Befreiungsringen erleichtern und fördern; eine im Gegensatz zu dem Nordspatriotismus der Besitzenden stehende Kundgebung für den allgemeinen Weltfrieden, dessen Grundlage die Solidarität der Interessen aller Ausgebeuteten ist. Der politischen Situation entsprechend war der allgemeine Inhalt der Maiseier in verschiedenen Ländern noch mit bestimmten Sonderkundgebungen verquillt: in Deutschland mit energischen Protesten gegen die am 1. Mai noch drohende Umsturzvorlage; in Oesterreich mit einer gewaltigen Demonstration zu Gunsten des allgemeinen Wahlrechts; in Italien mit der Brandmarkung der Crispischen Schand- und Gewalttherrschaft. Natürlich fehlte es hier und da nicht an Versuchen, die Maiseier durch die Hungerpeitsche des Unternehmertums oder durch den Polizeiknüppel todzuschlagen. Sie blieben erfolglos. Ebenso auch das Bestreben, die Maimanifestanten zu Gewaltthätigkeiten zu reizen. So imposant die Maiseier allerorten verlief, so ruhig und friedlich blieb sie ihrer Form nach. Die revolutionäre Vorhut des Proletariats bewies ebenso kaltblütige Werthung der thatsächlichen Machtverhältnisse, als klares Zielbewußtsein, ebenso stramme Schulung als Begeisterung und zukunftsfrohe Siegeszuversicht.

In **Deutschland** wurde die Maiseier dieses Jahr in noch weit größerem Umfange begangen als 1894. Trotzdem daß die Kundgebung im Zeichen der noch nicht begrabenen Umsturzvorlage stand, oder richtiger: gerade weil dies der Fall war. Angesichts der beachtlichen Knebelung erklärte das deutsche Proletariat gelegentlich der Maiseier laut, eindringlich: ich pfeife auf eure Rücken und Tüden, ich pfeife auf eure Gewaltmaßregeln. Ihr hemmt mich, doch ihr zwingt mich nicht. Die Zahl der Orte, in denen am 1. Mai manifestiert wurde, ist gegen das Vorjahr sehr bedeutend gestiegen, und dies nicht bloß in den Industriedistrikten, auch in vielen ländlichen Gegenden. Weit größer als im Vorjahr war auch der Andrang der proletarischen Massen, die außerhalb der Organisationen stehen und noch nicht direkten und bewußten Antheil am Klassenkampfe nehmen. In auffälliger Menge beteiligten sich insbesondere die Frauen der werktätigen Masse an der Maiseier. In den größeren Städten und Industriezentren machten sie oft die Hälfte der Manifestanten aus, aber auch in den kleinsten Orten fehlte es nicht an Proletarierinnen, welche die frühere Gleichgiltigkeit gegenüber dem Kampfe ihrer Klasse abgelegt hatten, aufmerksam den Ausführungen der Redner lauschten, begeistert den sozialistischen Forderungen zustimmten. Daß die redegewandten Genossinnen wie stets so auch am 1. Mai in Versammlungen auf Posten waren, ist selbstverständlich. Hoherfreudlicher Weise zeigte sich, daß auch in Deutschland weitere Kreise von Proletariern und Proletarierinnen es durchgesehen haben, den 1. Mai durch Arbeitsruhe feiern zu können. Die sehr zahlreichen, gut besuchten, ja zum Theil überfüllten Vormittagsversammlungen beweisen dies augenscheinlich, desgleichen die vielen Massenausflüge, Spaziergänge, Nachmittagsfeste u. Am großartigsten gestaltete sich die Mairundgebung natürlich in den großen Städten und Industriezentren, allen voran in Berlin, Hamburg, Leipzig, Dresden, Nürnberg, Fürth, München, Stuttgart, Köln, Frankfurt a. M., Breslau, Magdeburg, Bremen u. u. In einigen Orten fanden, stattliche Umzüge statt, so in Lübeck und Geestemünde. Andernorts wurde der geplante Demonstrationszug verboten, so in Kiel, und zwar mit der Begründung, „es würden sich Einzelne zu Ruhestörungen hinreißen lassen, weil zumal die Maiseier aufreizen solle“.

Am herrlichsten hat auch diesmal wieder das Proletariat **Oesterreichs** den revolutionären Maitag gefeiert, der zugleich eine gewaltige Kundgebung war zu Gunsten des allgemeinen, gleichen und direkten Wahlrechts. Dem politisch ebenso verlumpten als unfähigen Koalitionsministerium, welches die feierlich verheißene Wahlreform unter den erbärmlichsten Vorwänden verschleppt, hat das österreichische Proletariat am 1. Mai wieder zugebrannt: „Wir lassen uns nicht narren; wir fordern unser Recht; wir erlämpfen unser Recht!“ Vergebens hatte sich das Unternehmertum verschiedener Gegenden bemüht, die Maiseier mit Gewalt oder List zu hintertreiben. Vergebens hatten die Staatsgewalten versucht, sie niederzubütteln oder die österreichische Arbeiterklasse durch Provokationen vor die Flinte, die schießt, unter den Säbel, der haut, zu bringen. Die österreichischen Proletarier und Proletarierinnen ließen sich weder schrecken, noch herausfordern. Mit revolutionärem Zielbewußtsein und revolutionärer Begeisterung, aber auch mit strammer Disziplin und ruhiger Besonnenheit begingen sie ihren Maitag. In den größeren Städten und Industriezentren war die Arbeitsruhe so gut wie vollständig, sogar viele Staatsbetriebe mußten sich mit ihr abfinden. Den glänzendsten und überwältigendsten Verlauf nahm die Kundgebung in Wien, wo die 47 Vormittagsversammlungen überfüllt waren. Mittags marschirten mindestens 100 000, nach anderen Schätzungen 140 000 klassenbewußte Proletarier

und Proletarierinnen in geschlossenem Zuge an dem Parlament vorüber nach dem Prater. In dem Riesenzuge, der den verbohrtesten Gegnern imponirte und Bewunderung abzwang, wurden rothe Banner und Tafeln getragen mit Inschriften, die sich auf die Bedeutung des 1. Mai, die Forderung der Sozialdemokratie, das allgemeine Wahlrecht, bezogen. Besonders bemerkt wurde eine Gruppe von 5000 Ziegelarbeitern und Ziegelarbeiterinnen (dieselben hatten kurz vorher im Streik gestanden und dank der Unterstützung der organisirten Arbeiterschaft die Verwirklichung eines Theils ihrer Forderungen errungen), die in ihrer Arbeitstracht, meist barfüßig, die Frauen in bunten Kopftüchern, im Zuge marschirten. Auch eine größere Gruppe von jungen Genossinnen, in rothe Blousen gekleidet, erregte besonderes Aufsehen. Die Betheiligung der Frauen an der Demonstration, wie an den Versammlungen, war eine äußerst rege und zahlreiche. Nach dem Schluß der Feier im Prater zogen etwa 5000 Genossen und Genossinnen vor das Palais des Ministerpräsidenten und gaben ihm in nicht mißzuverstehender Weise die Werthschätzung des Proletariats und seine Forderungen kund. In Brünn, Prag, Graz, Salzburg, Linz, Krakau, Lemberg, Czernowiz, Triest u. manifestirte die Arbeiterklasse gleichfalls in zielbewußter, energischer und würdiger Weise. In Budapest, wie in anderen ungarischen Städten, verboten die Behörden jede Kundgebung, konnten aber nicht verhindern, daß viele Tausende sich zusammensanden, um den 1. Mai festlich zu begehen. Das ungarische Proletariat kam außerdem auf eine besonders schöne Manifestation seines Willens und seiner Kraft verweisen: seit dem 1. Mai erscheint das sozialistische Parteiorgan täglich.

Die **Schweizer** Arbeiterklasse feierte den 1. Mai in inniger Ideen- und Kampfesgemeinschaft mit dem Proletariat anderer Länder. Allerorten fiel die Maiseier glänzender aus, als in den Vorjahren. In Zürich, Basel, Bern, Winterthur, St. Gallen, Genf, Chaux-de-Fonds, Grenchen u. fanden äußerst gut besuchte Versammlungen statt, an vielen der genannten Orte auch Umzüge. Der Züricher Demonstrationszug zählte gegen 10 000 Theilnehmer. In Winterthur sprach der Pfarrer Pflüger, ein ernster Sozialreformer und ehrlicher Arbeiterfreund, unter freiem Himmel vor mehr als 3000 Arbeitern und Arbeiterinnen. In Derlikon und Grenchen waren anlässlich der Maiseier die Schulen geschlossen. Die Behörden von Chaux-de-Fonds überließen die Ortskirche zur Maiseier. Man vergleiche mit diesen Thatsachen die Haltung der deutschen Bürgerkreise und Behörden!

In **Frankreich** hat sich der 1. Mai als Feiertag des Proletariats fest eingebürgert. In Paris wurde der Tag hauptsächlich zu großen, gut besuchten Agitationsversammlungen benutzt. In den Orten der Provinz, wo der Sozialismus festen Fuß gefaßt hat, so in Lille, Calais, Roanne, Roubaix, Marseille, Troyes u. verlief die Feier glänzend. Weit mehr als die Hälfte der in Arbeit stehenden Lohnflaven und Lohnflavinnen dieser Städte und der umliegenden Gemeinden hat den 1. Mai durch Arbeitsruhe gefeiert und betheiligt sich begeistert an den Kundgebungen der verschiedensten Art.

Das Proletariat von **Belgien** und **Holland** hat ebenso schön und in noch größerem Umfange manifestirt als die früheren Jahre. In der Gegend von Lüttich feierte mehr als die Hälfte aller Arbeiter, in den Industriezentren von Mittelbelgien war die Arbeitsruhe so gut wie allgemein. In Städten und Industriedistrikten, so in Lüttich, Brüssel, Antwerpen, Berviers, Jolimont u. fanden Versammlungen, Umzüge, Kundgebungen in verschiedener Form statt. In Antwerpen und Gent veranstaltete die organisirte Arbeiterschaft am Sonntage nach dem 1. Mai großartige Demonstrationen mit Umzug. In mehr als 60 holländischen Orten wurde der 1. Mai in entsprechender Weise gefeiert. Besonders imposant gestaltete sich die Feier in Amsterdam, Haag und Maastricht.

In **Italien** hat die Maiseier naturgemäß unter der Crispischen Diktatur gelitten. Sehr viele, um nicht zu sagen die meisten Arbeiterorganisationen, gewerkschaftliche wie politische, sind zerstückt, ein Druck ohne Gleichen lastet auf der werktätigen Bevölkerung. Dazu kam, daß in manchen Gegenden, so besonders in Sizilien, ein solches Aufgebot von Polizei und Soldateska für den 1. Mai erfolgt war, daß die Genossen von jeglicher öffentlichen Kundgebung absahen, um das von Crispi gewollte Blutvergießen zu vermeiden. Wo es irgend durchführbar war, fanden dagegen öffentliche Versammlungen statt, die sämmtlich einen glänzenden Verlauf nahmen. Dies gilt besonders für Mailand, wo 18 000 Arbeiter feierten, für Rom, Vicenza, Livorno, Pisa, Reggio Emilia, Florenz, Lima u.

In den größeren Städten von **Spanien** und **Portugal**, so in Madrid, Barcelona, Malaga, Bilbao, Cadix, in Lissabon, Oporto u. a. O. vereinigten klassenbewußte Proletarier ihre Stimme mit der ihrer Ideen- und Kampfesgenossen in anderen Ländern.

Die Maifeier in **Dänemark, Schweden und Norwegen** stand an Umfang und Begeisterung nicht hinter derjenigen des Vorjahres zurück, umgekehrt, auch hier zeigte sich, daß der Gedanke der Manifestation, daß die sozialistischen Ideen immer weitere Kreise des werktätigen Volkes ergreifen. In Kopenhagen und Umgegend, sowie in anderen dänischen Städten waren die veranstalteten Versammlungen zahlreich besucht. Das Gleiche gilt auch von den Versammlungen, die in den größeren schwedischen und norwegischen Städten stattfanden. Einen imposanten Eindruck machte der Demonstrationzug der organisierten Arbeiterschaft Stockholms, an dem 55 Körperschaften mit etwa 10—12 000 Mitgliedern theilnahmen. Nur wenig stand hinter ihm der Zug in Christiania zurück, an dem sich 38 Organisationen theilnahmen.

In **England** haben sich die gewerkschaftlichen Organisationen leider noch nicht dazu verstanden, den Beschluß des Züricher internationalen Kongresses zu respektieren und die Kundgebung für den Achtstundentag und die Ziele des internationalen Proletariats am 1. Mai zu veranstalten. Dagegen haben die beiden sozialistischen Parteien — Sozialdemokratische Föderation und Unabhängige Arbeiterpartei — am 1. Mai manifestiert. Wie vorauszu sehen, konnte sich ihre Demonstration an Großartigkeit nicht mit derjenigen der Trades Unions messen, die am folgenden Sonntage stattgefunden hat und abermals die Macht und Bedeutung dieser Organisation zeigte. Aber immerhin war die Theilnahme an der Kundgebung vom 1. Mai eine größere, als man erwartet hatte. Der sozialistische Gedanke wird in absehbarer Zukunft über die Routine der alten Trades Unions-Führer triumphieren, und dann manifestiert auch das englische organisierte Proletariat gleichzeitig mit der Bruderklasse der ganzen Welt.

In den kleinen **Balkanstaaten** wurde der 1. Mai gleichfalls hier und da festlich begangen. In Bukarest (Rumänien) verbot die Regierung den geplanten großen Umzug der Manifestanten. Die einberufenen Versammlungen waren glänzend besucht, ebenso ein späteres Protestmeeting gegen die unberechtigte Maßregel der Regierung.

Die diesjährige Maifeier war ein neuer Triumph des Proletariats, das seine Streitkräfte Revue passiren ließ. Sie zeigte, daß die Ausgebeuteten aller Länder in einer Erkenntniß geeint, von einem Willen beseelt sind; daß sie klaren Kopfes und muthigen Herzens vorwärts ziehen, einer Zukunft entgegen, in der sie „eine Welt zu erobern haben und nichts zu verlieren als ihre Ketten“.

Eine alltägliche Geschichte.

Von C. Lüders.

Wir sind im Zentrum einer großen Stadt und die Nacht beginnt hereinzubrechen.

In feenhaftem Glanze erstrahlen die Läden, den Passanten zum Eintritt und Kauf einladend. Da am Ende strahlt es auf — in bläulichem Schimmer, alles erhellend; es sind die elektrischen Bogenlampen, deren Licht die Fassade des Modebazars plastisch hervortreten läßt, während es auch im Innern des Verkaufslokals von den unzähligen Glühlichtern tageshell geworden ist.

Das Licht ergießt seinen Schein auf zwei Gestalten, eine Käuferin, welche gelangweilt und mißvergnügt aussieht, und ein junges Mädchen, das vor ihr steht und ihr Gut um Gut zeigt.

„Hier, gnädige Frau, ist etwas ganz Neues, Apartes, soeben von Paris angekommen.“

„So, so“, entgegnete langsam die Käuferin.

„Wollen Sie, bitte, nicht einmal probiren; ich bin überzeugt, er wird Ihnen gut stehen.“

„Ich mag keinen Strohhut für den Winter.“

„Wir können Ihnen einen gleichen von Sammt machen.“

„Sammt ist empfindlich gegen Regen. Sie sind überzeugt, daß Sie mir alles, was von Filz vorrätzig, gezeigt haben?“

„Alles, was in Hellbraun vorhanden ist, gewiß; wir können Ihnen aber einen Hut genau nach Ihrem Wunsche fertigen lassen.“

„Nein, nein, ich mag nichts bestellen, was ich nicht vorher gesehen habe“, sagte die Dame. Dann nimmt sie einen der Hüte, die sie schon angesehen hat, dreht ihn in den Händen hin und her, betrachtet ihn genau nach allen Seiten, setzt ihn schließlich auf und erklärt dann nochmals, daß er ihr nicht passe.

„Es ist doch ganz merkwürdig, daß Sie keinen in Hellbraun haben sollten“, sagte sie in mißvergnügtem Tone. Das Mädchen antwortet zunächst nichts; es ist bleich geworden und angstvoll starrt es durch die Thüre, den Verkaufsraum entlang, auf Herrn

Umsturz aller Orten!

i. Umsturz überall, wohin man blickt. Alles wankt, zittert in den Grundfesten, alles kracht und bröckelt, die ganze heutige kapitalistische Welt scheint aus den Fugen zu gehen. Nüchtern flattern umher, emsig mit den kleinen Flügelchen schlagend, die „großen“ Staatsretter, die wie Eintagsfliegen entstehen und vergehen, wie Seifenblasen bunt erglänzen, um sofort spurlos zu zerfliegen: Casimir Perier, Dupuy, Gutenberg, v. Köller, Hohenlohe, Windischgrätz, Plener, Crispi — sie alle, deren Stunde bereits geschlagen, oder denen sie bald schlagen wird.

Umsturz vor allem in der Produktion. Die Baumwollspinnerei und Weberei, die Wollmanufakturen, die Seidenindustrie gehen zu Grunde, weil die Rohstoffpreise sinken. Sie ersticken im Ueberfluß. Die Zuckerindustrie, die Spiritusbrennerei stehen vor dem Zusammenbruch, weil sie keinen Absatz finden, weil für sie die Rohstoffe noch nicht billig genug sind, weil das Produkt durch Zölle und Verbrauchssteuern enorm vertheuert ist. Die Eisen- und Maschinenindustrie stockt, weil es den anderen Industrien schlecht geht. Und der laue Geschäftsgang aller Industrien drückt auf den Kohlenbergbau. Die Industrie „leidet“, weil die Zölle zu hoch und weil sie zu niedrig sind, weil es der Arbeiterschaft noch nicht schlecht genug geht, aber auch weil es ihr schlecht geht, weil die Weltproduktion sich rasch ausdehnt, und weil sie sich nicht rasch genug ausdehnt. Man mag die Verhältnisse wenden und drehen wie man will, immer ist das Ergebnis nur, daß zwar der Reichthum der Billionen wächst, alles andere aber schwindet und zusammensinkt.

Die Landwirthschaft in höchster Noth. Der Bauer verhungert, der Gutsbesitzer wird bankrott. Ist die Ernte reich, so sind die Preise niedrig, und wenn bei einer schlechten Ernte die Preise hoch stehen, so ist der Ertrag gering. Läßt man fremde Getreidezufuhr zu, so sinken die Preise, verbietet man die Getreidezufuhr, so sinkt der Verbrauch. Gehüpft also wie gesprungen — am Ende fliegt der Bauer immer in die Kasse und der Gutsbesitzer ihm nach.

In Frankreich, Deutschland, Großbritannien der wirtschaftliche Niedergang, in Nordamerika die Krisis, in Rußland immer noch die Hungersnoth, in Portugal und Griechenland der Staatsbankrott, Spanien, Italien, Rußland nahe vor ihm.

Und die Staatspolitik? Der Militarismus zehrt alle Finanzmittel auf. Die Zölle und Verbrauchssteuern sind zum eisernen Be-

X., der soeben die Munde durch seine Geschäftsräume macht. Er war unter der Thüre stehen geblieben und hatte einen Blick auf die Gruppe geworfen.

„Wir können ja allenfalls einen Hut in Hellbraun anfertigen lassen — er wäre in höchstens zwei Tagen fertig“, wiederholte die Verkäuferin.

Darauf bleibt die Käuferin die Antwort schuldig. Noch einmal mustert und probirt sie die Reihe unfertiger Hüte, die vor ihr ausgebreitet wurden, während die bleiche Ladnerin um sie herumgeht und der Dame wieder von Neuem zuspricht.

Herr X. steht noch immer unter der Thüre und sieht sich die Szene mit an. Schließlich erhebt sich die Käuferin, die nun einmal keinen anderen Hut, als den sie sich gerade gedacht hat, kaufen will und verläßt, anscheinend verstimmt, das Lokal.

Zitternd beginnt nun das Mädchen ihre Hüte wieder zusammenzupacken, während ihr Thränen in die Augen kommen. Sie hat ihr Möglichstes gethan und nun fürchtet sie den Zorn ihres Herrn. Er ist den ganzen Tag schon übler Laune gewesen — ach warum — warum mußte ihr gerade das heute passiren!?

Herr X. entfernt sich; er geht dem Bulte des Kassiers zu und kommt mit einem Papier und einigen Geldstücken zurück.

„Haben Sie die Hüte, dies zu unterzeichnen, Fräulein?“

Es war eine Abrechnung über den ihr noch zukommenden Lohn. Stumm, stehend blickt sie ihn an. Umsonst.

Sein finsternes, verdrießliches Gesicht ist Antwort genug. Indem eine Thräne auf das Papier fällt, setzt sie ihren Namen darunter.

„Sie können Ihre Sachen zusammenpacken und sofort gehen — ich habe keinen Platz für eine Ladnerin, welche keinen Hut verkaufen kann.“

Still, ruhig nimmt sie das Geld und geht.

Sie ist ein Mädchen von jaghafter, fast ängstlicher Gemüthsart, das weder in Klage ausbrechen, noch sich aufs Bitten verlegen kann.

Sie geht die Treppe hinauf in ihr Ankleidezimmer, das sie bisher mit zwei anderen Geschäftinnen getheilt hatte, und indem

standtheil des Budgets geworden, das ohne sie nicht mehr denkbar ist, solange die kapitalistische Gesellschaft besteht. Die Last ist unerträglich, und einer nach dem anderen scheitern die Versuche, sie weiter zu vermehren. Aber die Entwicklung der Waffentechnik fordert fortwährend neue und größere Opfer, und die Umwandlung Japans zur Großmacht des Stillen Ozeans muß für die kapitalistischen Staaten des europäischen Festlands die Vergrößerung der Kriegsmarine zur Folge haben. Gleichzeitig wird das bedrängte agrarische Kapital immer frecher und zudringlicher in seinen maßlosen Geldforderungen an den Staat.

Die Regierungen: schwankend, kopflos; die bürgerlichen Parteien: zerrüttet und sich untereinander bekämpfend. Nur die umstürzlerische Sozialdemokratie mehrt ihre Reihen, stählt ihre Kräfte, drängt mächtig vorwärts.

In Oesterreich sitzt der bürgerliche Staat so fest am Faden der Wahlreform, daß er sich nicht mehr von ihm loslösen, ja mehr noch, daß er ohne sie keine einzelne Bewegung ausführen kann, daß er verurtheilt ist, entweder elendiglich zu verkümmern, oder sich zu unterwerfen. Dagegen wächst im munteren Kampf die Sozialdemokratie und ruft bereits durch ihr Machtgebot Hunderttausende auf die Straße.

Bis aber in dieser Beziehung der große, ernste Umsturz vollendet ist, vollzieht sich ein kleiner, lustiger Umsturz im Wiener Rathhaus. Die dicken Bourgeois werden verjagt von ihren breiten Sesseln, die sie bereits platt- oder durchgefressen haben, und unter Pfeifen und Gejohle zieht der wild gewordene Kleinbürger in die geweihten Räume ein.

In Frankreich: Casimir Perier unter dem Gelächter der ganzen Welt in die schmutzige Grube hinuntergestürzt und Dupuy, der französische v. Köller, ihm nach. Das französische Umsturzgesetz, genannt Gesetz gegen die Anarchisten, durch die Macht der öffentlichen Meinung umgestürzt. Siegesfroh und kampfesfroh bloß die sozialistische Umsturzpartei.

In Italien die Regierung durch Crispi geschändet, Crispi selbst als Lump an den Pranger gestellt; der kapitalistische Staat der Verachtung und dem Haß des Volkes preisgegeben. Und in England die große liberale Partei, die Partei des industriellen Kapitals, im zweifelsten Ringen um ihre Existenz, weil die Arbeiterklasse durch den Klassenkampf zur Bildung einer selbständigen sozialistischen Partei gedrängt wird!

Und erst in unserem geliebten Deutschland! Wieviel Umstürze hat schon allein der neue Kurs ertragen müssen? Das Sozialisten-

gesetz umgestürzt, Bismarck umgestürzt, in die Zollpolitik, durch die Handelsverträge, eine Bresche gelegt, das Zedlitzsche Volksschulgesetz abgethan, die lex Heinze weggeworfen, die Militärvorlage das erste Mal abgelehnt, das zweite Mal moralisch umgestürzt, weil die Deckungsmittel bis auf diesen Augenblick verweigert wurden, die Tabaksteuer, die Finanzreform umgestürzt, die Umsturzvorlage umgestürzt, die Tabaksteuer zum zweiten Male umgestürzt. Und die Zahl großer und kleiner Umstürze, die der Sturz der Umsturzvorlage nach sich ziehen wird, ist noch gar nicht abzusehen! Die Regierung gänzlich isolirt, getrennt von den Parteien; die Parteien gegeneinander gehetzt, das Zentrum mit Gewalt zur Opposition getrieben — überall Kampf, Hader und Rathlosigkeit. Nur die Sozialdemokratie kämpft unverdrossen und unerschüttert, umlagert die bürgerlichen Parteien und die Regierung mit einer gewaltigen Macht, drängt und schiebt sie und läßt sie aufeinander stoßen.

Und während auf dieser Seite der Weltflügel der Umsturz in so mannigfaltigen Gestalten sich abspielt, vollzog sich soeben erst auf der anderen Hälfte der Umsturz einer ungeheuren, durch die Geschichte von Jahrtausenden herausgebildeten konservativen Staats- und Volksmacht, und dieser gewaltige Sturz wird voraussichtlich die kapitalistische Gesellschaft in ihren bereits unterwühlten, auseinanderfallenden, zerbröckelnden Grundlagen so stark erschüttern, daß sie jäh zusammenbricht!

Kein Ende und kein Maß dem Umsturz! Unabwendbar, wie das Schicksal und allmächtig wie dieses braust er heran. Ihn mit polizeilichen Maßnahmen bekämpfen, hieße den das Weltmeer aufwühlenden Sturm in einem Wasserglas auffangen wollen!

Das Vereins- und Versammlungsrecht vor dem Reichstage.

Wie Pilze nach einem warmen Gewitterregen so schießen in unserer staatsfeindlichen Zeit reaktionäre Wünsche und Gesetzesvorlagen empor. Der jehige Reichstag hat den größten Teil seiner Zeit und Kraft mit der Erörterung bezw. dem Todtschlag derartiger Geschöpfe verbringen müssen. Selten nur ist er in die Lage gekommen, Anträge zu debattiren, welche von einer Erörterung der Rechte und Freiheiten der werktätigen Masse handelten. Und war dies der Fall, so gingen die diesbezüglichen Forderungen fast regelmäßig von der

sie sich in dem kalten, unfreundlichen Zimmer umsieht, sagt sie zu sich selbst, während ihr die Thränen über die blassen Wangen herabrinnen: „Was nun?“

Da hört sie Tritte vor der Thür — sie schreckt zusammen — sie weiß, daß, wenn ihr Jemand vom Geschäft begegnet würde, ihr dies den letzten Rest von Muth nehmen müßte.

Darum packt sie rasch ihre Sachen zusammen, steht einen Augenblick still, wischt sich die Thränen aus den Augen und geht die Treppe hinab.

„Und morgen?“

Morgen wird dann die herzbrechende Suche nach Arbeit, nach einer neuen Stelle, mit einer Reihe von Demüthigungen kommen — und dann vielleicht doch kein Resultat — ihr schaudert.

Und was für ein Zeugniß wird ihr Herr K. ausstellen?

Außer ihrer geringen Habe, die sie soeben zusammengepackt hat, sind die wenigen Mark ihr ganzes Gut — und damit soll sie der Welt entgegentreten?

In solchen Gedanken geht sie in das Dunkel der Nacht hinaus auf die Straße, das gemeinsame Heim der Unglücklichen und der Glenden.

In feenhaftem Glanze erstrahlten die Läden, den Passanten zum Eintritt und Kauf verlockend. An der Ecke scheint noch immer der bläuliche Schimmer der elektrischen Bogenlampe, deren Licht die Fassade des Modebazars plastisch hervortreten läßt und tageshell das Innere des Verkaufsalons erleuchtet.

Um die Ecke aber schleicht, müde und erschöpft, das arme Mädchen — arbeitslos, stellenlos.

Herr K. aber fährt mit dem ruhigsten Gewissen zu seiner Frau und seinen Kindern hinaus in seine Villa und denkt nicht mehr an den kleinen Zwischenfall, handelt es sich ja doch nur um eine Geschichte, die sich jeden Tag abspielt.

Die nächstlich einsamen Straßen der Stadt, wie die Brüstungen der über den Fluß führenden Brücke wären wohl im Stande, das Ende solcher Geschichten zu erzählen.

Herausforderung.

O Welt von Bürgern, schlau und ehrenwerth,
Die Geld anhäufen und bequem sich betten,
O Welt von Millionären, wohlgenährt
Und zierlichen Kofetten;

O Welt von Frau'n hysterisch, schlank und blaß,
Die um den Liebsten gehn zur Messe offen;
O Welt voll Treuebruch, voll Raub und Haß
Und trägerischem Hoffen;

Bist du es also, lägnerische Welt,
Die Licht und Ideal mir will verleiden,
Bist du es, feiger Zwerg, der drauf verfällt,
Die Flügel mir zu schneiden?...

Du kriechst, ich fliege, gähnst du, singe ich,
Berachte deine Mänke, deine Lügen;
Der Zauber der Begeisterung schwebt um mich,
Du bleibst im Schlamme liegen.

O Welt von Thoren und von Schlangenbrut,
Du feige Welt, mein Fluch halt dir entgegen.
Den Blick gewandt auf der Gestirne Gluth,
So folg' ich meinen Wegen.

Allein und wehrlos, voller Durst nach Licht
Zieh ich dahin. — Und magst du, skeptisch, trübe
Zurück mich halten, aus der Brust doch bricht
Das hohe Lied der Liebe.

Geh äpp'ge Welt, zieh durch den Aether fort,
Verworfenheit und Geldsucht mit dir jagen.
Als Geißel schwing' ich das glüh'nde Wort,
Dir ins Gesicht zu schlagen.

Ada Negri.

Aus der Gedichtsammlung „Schicksal“ (Fatalità), deutsch von Hedwig Jahn.
Berlin, Verlag von Alex. Zunker.

Sozialdemokratie aus, oder die Sozialdemokratie war es wenigstens, die sie am konsequentesten und energischsten vertrat. Die Thatsache ist charakteristisch für den raschen politischen Verfall des deutschen Bürgerthums und für das kraftvolle politische Aufsteigen des Proletariats. Das deutsche Bürgerthum wird auf politischem Gebiete nur noch „positiv“, es schafft nur Neues und will und kann Neues schaffen, wenn dieses Neue reaktionär ist, wenn es im ausgesprochenen Interesse der Klassenherrschaft der Besitzenden über die Besitzlosen liegt.

Recht sinnesfällig zeigte sich dies wieder gelegentlich der Verhandlungen des Reichstags über eine reichsgesetzliche freirechtliche Regelung des Vereins- und Versammlungsrechts in den einzelnen Bundesstaaten und in Elsaß-Lothringen. Auch der Antrag, in dieser Beziehung mit Zuständen aufzuräumen, die im schreiendsten Widerspruch stehen zu den Interessen weiter Volkstheile, insbesondere aber der gesammten Arbeiterklasse, er ging von der sozialdemokratischen Partei aus. Was forderte sie zu diesem Zwecke? Für alle Reichsangehörigen das Recht, sich zu versammeln ohne vorherige Anmeldung bei einer Behörde oder deren Erlaubniß; das Recht, auf öffentlichen Plätzen und Straßen Versammlungen und Anzüge abzuhalten, vorausgesetzt, daß diese sechs Stunden vor ihrem Stattfinden bei der mit der Ordnung des öffentlichen Verkehrs betrauten Ortsbehörde angemeldet werden; für alle Reichsangehörige endlich das Recht, Vereine jeder Art zu bilden. Der sozialdemokratische Antrag verlangte ferner, alle einzelstaatlichen, den vorstehenden Bestimmungen widersprechenden Gesetze und Verordnungen aufzuheben und ebenso alle Gesetze und Verordnungen, welche die Verabredung und Vereinigung zum Zwecke der Erlangung besserer Lohn- und Beschäftigungsbedingungen hindern, untersagen oder unter Strafe stellen. Dem proletarischen Klasseninteresse entsprechend, das die unbehinderte Theilnahme der proletarischen Frauen am Klassenkampfe nötig macht, und ihrem Programm getreu, heischte die Sozialdemokratie im Punkte der Vereins- und Versammlungsfreiheit gleiches Recht für beide Geschlechter. Sie bethätigte sich also auch in dieser Richtung als Vorläuferin für eine Kulturforderung ersten Ranges und wurde insbesondere den Interessen der Millionen von Arbeiterinnen gerecht, die unbeschränkte Koalitionsfreiheit bedürfen, um sich ihrer Haut gegen das kapitalistische Unternehmertum wehren zu können. Aber wer das Wesen der bürgerlichen Gesellschaft kennt, die kapitalistische Macht, der weiß auch, daß für die Angehörigen des Proletariats die gesetzlich gewährleisteten Rechte nur zu oft illusorisch gemacht werden, lediglich als todt Buchstaben auf dem Papier stehen. Gerade das Koalitionsrecht der Arbeiter, und noch mehr das der Arbeiterinnen, wird in unzähligen Fällen todgeschlagen von der Geldsackmacht des Unternehmertums. Deshalb forderte der sozialdemokratische Antrag Jeden, der die Ausübung der gewährleisteten Rechte hindert oder zu hindern sucht, mit Gefängniß bis zu drei Monaten zu bestrafen, sofern nicht nach den Bestimmungen des allgemeinen Strafgesetzes eine höhere Strafe eintrete. Die sozialdemokratische Fraktion brachte diesen Antrag ein gemäß eines Parteitagbeschlusses. Hinter ihm stand also die gesammte sozialdemokratische Partei, die stärkste politische Partei des Reiches, dazu noch die vielen Hunderttausende von Genossen und Genossinnen, die noch nicht wahlberechtigt bezw. überhaupt nicht wahlberechtigt sind. Der bewußte Theil der deutschen Arbeiterklasse trat also mit einer Forderung an den Reichstag heran.

Genosse Grillenberger begründete den sozialdemokratischen Antrag in trefflich überzeugenden, sachlichen Ausführungen, die zum großen Theil zu wuchtigen Anklagen wurden gegen die jetzige Fassung und noch mehr Handhabung der Vereins- und Versammlungsgesetze. Die verlangten Rechte, so führte er aus, seien die nothwendige Ergänzung der verheißenen Sozialreform, des gesetzlichen Arbeiterschutzes, sie seien die nothwendige Voraussetzung für die Bestrebungen der Arbeiterklasse, günstigere Arbeitsbedingungen zu erreichen. Eine Reform der jetzigen anarchischen Zustände auf dem Gebiet des Vereins- und Versammlungswesens, und zwar eine solche durch ein einheitliches Reichsgesetz entspräche nur dem Artikel 7 der 1848 vom Frankfurter Parlament angenommenen deutschen Grundrechte. Mit martigen Strichen zeichnete der Redner das bunte Allerlei der diesbezüglichen einzelstaatlichen Bestimmungen und ihre polizeiliche Handhabung. Die Thatsachen, die er zu ihrer Illustration anführte, übten eine geradezu vernichtende Kritik an den Zuständen, mit denen sich das Proletariat abfinden soll, Zustände, von denen ein so durchaus bürgerlich denkender Mann wie Lujo Brentano sagt: „Um es kurz zu machen, es besteht Koalitionsfreiheit, aber es ist den Arbeitern verboten, Gebrauch davon zu machen.“ Besonders scharf ging Grillenberger mit den einschlägigen Verhältnissen in Sachsen, Bayern und Preußen ins Gericht. Er erbrachte Nachweis über Nachweis, daß in Sachsen betreffs der Handhabung des Vereins- und Versammlungsrechts mit zweierlei Maß gemessen wird: anders der Sozialdemokratie, anders den bürger-

lichen Parteien. Und nachdrücklich geißelte er, wie man sich in Bayern und Preußen an wunderbar kunstsinuige Auslegungen reaktionärer Gesetzestexte klammert, um den Frauen das lärglich zugeschnittene Vereins- und Versammlungsrecht so gut wie illusorisch zu machen, jede Betheiligung ihrerseits an den gewerkschaftlichen Organisationen und Kämpfen zu hindern. Daß Grillenberger bei dieser Gelegenheit die unseren Leserinnen und Lesern hinlänglich bekannten berühmten Praktiken des Nürnberger „freisinnigen“ Magistrats in Sachen des Versammlungsrechts der Arbeiterinnen gebührend kennzeichnete, versteht sich am Rande. Zur Begründung des von der Sozialdemokratie geforderten gleichen Rechts für beide Geschlechter verwies er auf die Thatsache, „daß die Frauen, soweit sie sich wirtschaftlich bethätigen, Steuern zahlen müssen, ebensogut wie die Männer; daß sie in Fabriken und Werkstätten noch mehr ausgebeutet werden wie die Männer und deshalb auch die gleichen wirtschaftlichen und politischen Rechte besitzen müssen wie diese“. Die jetzige Rechtlosigkeit des weiblichen Geschlechts vertrage sich zumal nicht mit der Rolle, welche die Frau im modernen Wirtschaftsleben spielt. Stetig steigt die Zahl der Arbeiterinnen, in manchen Industrien übertrifft sie die der Männer. Die der kapitalistischen Ausbeutung anheimgefallenen Millionen von Lohnsklavinnen müssen unbeschränkte Rechte besitzen, sich durch die Macht der Organisation kürzere Arbeitszeit, höheren Lohn u. c. erkämpfen zu können. Die in Sachen der Koalitionsfreiheit für das deutsche Proletariat bestehenden Zustände seien einer zivilisirten Nation unwürdig.

Der sächsische Bundesrathsbevollmächtigte, Graf Hohenthal, quälte sich redlich, Grillenbergers Anklagen zu entkräften. Unfreiwillig genug bestätigten seine Ausführungen und Zitate nur, was der sozialdemokratische Redner behauptet hatte. „Wenn vom Standpunkt der Polizei der sozialdemokratischen Vereinen und Versammlungen mit etwas schärferem Maße gemessen wird, so entspricht dies auch den Intentionen der Regierung“, und „es ist selbstverständlich, daß wie überall, auch einmal eine Polizeibehörde über die Stränge geschlagen hat“, erklärte der Herr naiv in komischer Hilflosigkeit. Die stürmische Heiterkeit des Hauses ob solcher verlorener täppischer Liebesmüh erreichte ihren Höhepunkt, als Graf Hohenthal die sächsischen Vereinsgesetze als „ein Juwel der Gesetzgebung“ bezeichnete. Der Vertreter der bayerischen Regierung ließ sich gleichfalls angelegen sein, die in puncto Handhabung der Vereins- und Versammlungsgesetze russischen Zustände seines „engeren Vaterlandes“ abzustreiten. Seine Widerlegungssuche konnten sich zwar an ungewollter Komik nicht mit denen seines sächsischen Kollegen messen, dagegen waren sie ihnen an Wirkungslosigkeit durchaus ebenbürtig. Der Nürnberger Beckh, ein Freisinnsmann verwachsenster Kouleur, fühlte in der Folge ein menschliches Mühren, sprang als freiwilliger Regierungskommissar ein und mühte sich, insbesondere an den in Nürnberg beliebten Rücken und Tüden eine Mohrenwäsche zu vollziehen. Genosse Grillenberger klopfte ihm für dieses Beginnen verdienstermaßen ganz energisch auf die Finger.

Sehr schätzenswerthes Material über die Handhabung der Vereins- und Versammlungsgesetze in Preußen, Sachsen und Elsaß-Lothringen brachten auch die Genossen v. Elm, Zubeil, Stolle und Bueb vor den Reichstag. In längerer, vorzüglicher, von kräftigem Klassengefühl durchdrungener Rede legte Genosse v. Elm dar, wie dringend das Proletariat der unbeschränkten Koalitionsfreiheit bedarf, und daß es sich nun und nimmer mit dem jetzigen Stand der Dinge bescheiden kann. Mit Zug und Recht machte er für denselben zum großen Theil das liberale Bürgerthum verantwortlich, das in seinem Verrath die politischen Freiheiten preisgegeben hat und dessen radikaler Theil in der Theorie wohl für das unbeschränkte Koalitionsrecht schwärmt, aber es stets billigt, wenn in der Praxis bei Streiks, Lohnbewegungen u. c. den Arbeitern die Bethätigung dieses Rechts verunmöglicht wird. In Folge der schwächlichen Haltung des Bürgerthums, so führte Genosse v. Elm aus, habe sich jener Zerstörungsfanatizismus herausgebildet, den die Behörden, allen voran die sächsischen, gegen alles beweisen, was Arbeiterorganisation heißt. Denn nicht nur dem politischen Kampf der Arbeiterklasse fällt man in den Arm, auch ihrem wirtschaftlichen Ringen, indem man wirtschaftliche Organisationen und Fragen mittels von lähnen Begründungen zu politischen umstempelt. Durch die entsprechende Handhabung der Vereins- und Versammlungsgesetze verhindere man insbesondere die gewerkschaftliche Organisation der Arbeiterinnen, die im Interesse der gesammten Arbeiterklasse immer nötiger wird. In Deutschland hat ja von 1875—1882 die Zahl der weiblichen Arbeiter um 35 Prozent zugenommen, die der männlichen nur um 6,4 Prozent. Von mehr als zwei Millionen Arbeiterinnen sind in Deutschland nur etwa 5000 gewerkschaftlich organisiert, davon kommen auf Bayern mit seinen 67000 weiblichen Arbeitern 150. Diese Zahlen beweisen, wie ungemein die nötige gewerkschaftliche Organisation der Arbeiterinnen gehindert

wird durch die jetzigen Zustände auf dem Gebiete des Vereins- und Versammlungsrechts. Das Lebensinteresse der Arbeiterklasse fordert, daß hier Wandel geschaffen werde, daß das Proletariat in Deutschland die nämliche Koalitionsfreiheit erhalte, die es in England, Amerika, Australien besitzt. Denn da keine Interessengemeinschaft zwischen Kapitalisten und Arbeitern bestehe, müßten letztere das Recht besitzen, sich in Kampforganisationen gegen die kapitalistische Macht zusammenschließen zu können. Freilich werde das Proletariat erst dann die Vereins- und Versammlungsfreiheit erhalten, wenn die Arbeiter eine solche Macht im Staat geworden seien, daß auch der reaktionärste Politiker es für nützlich erachte, ihnen Konzessionen zu machen.

Der sozialdemokratische Antrag, der gleiches Recht für Männer und Frauen forderte, bot natürlich bürgerlichen Politikern der verschiedensten Schattirungen Gelegenheit, ihr vollkommenes Unverständnis für die Frage der Gleichberechtigung des weiblichen Geschlechts wieder einmal zu betheuern. Wie immer geschah es unter dem Aufgebot der üblichen Phrasen von dem Naturberuf der Frau und der Frauenpflicht und Recht. Einzig und allein der freisinnige Lenzmann erklärte sich bürgerlicherseits und im Gegensaß zu seinen Fraktionsgenossen für gleiche Rechte für beide Geschlechter, da die Frauen wirtschaftlich für gleiche Rechte für beide Geschlechter, da die Frauen wirtschaftlich gleich thätig seien wie die Männer.

Im Uebrigen waren die Ausführungen sämtlicher bürgerlicher Reichstagsabgeordneten zu dem Antrage der Sozialdemokratie ein unumwundenes Eingeständnis politischer Schwäche und Rathlosigkeit, wie es erdrückender kaum gedacht werden kann. Sogar der Nationalliberale Marquardsen anerkannte die Dringlichkeit der geforderten Reform, noch kräftiger wurde diese von Polen und Welsen, von mehreren Freisinnigen und vor allem von dem Zentrumsmann Bachem betont. Dieser bedauerte, daß der Grundsatz: „Gleiches Recht für Alle“ bei Handhabung der Vereins- und Versammlungsgesetze nicht zur Geltung gelangt, er anerkannte, daß die Beschwerden der Sozialdemokratie berechtigte seien, daß es zu unhaltbaren Zuständen führe und die vorhandenen sozialen Gegensätze verschärfe, wenn man sich nicht entschließen könne, in den öffentlichen Verhältnissen der Sozialdemokratie zu geben, was der Sozialdemokratie gebühre. Kurz, die Vertreter sämtlicher bürgerlicher Parteien, die zum Wort kamen, stimmten darin überein: eine durchgreifende politische Reform der Vereins- und Versammlungsgesetze von reichswegen ist dringend nötig. Allein alle ihre Erklärungen klangen auch in dem geleglichen Nachsage aus: aber der gegenwärtige Moment ist für eine solche Reform nicht geeignet, weil ihr der Bundesrath, die reaktionäre Regierung, nun und nimmer zustimmen würde. Mit diesem Stoßseufzer spotteten die bürgerlichen Parteien ihrer, sie wissen nicht wie. In der That, wie kommt es, daß der Reichstag nicht eine volkshämliche, freiheitliche Regierung neben sich hat, sondern eine reaktionäre Regierung über sich? Doch nur daher, daß die bürgerlichen Parteien aus Furcht vor dem kämpfenden Proletariat ihre politische Einsicht und Kraft verloren haben, die Reaktion auf politischem Gebiete förderten und großpöppelten. Aus engherzigstem, kurzfristigem Klassenegoismus zog das deutsche Bürgerthum die Reaktion von oben der ersten Reform von unten vor, und wenn es nun neben dem Proletariat ab und zu die Früchte seiner politischen Abdankung kosten muß, so erntet es nur, was es gesät.

Der sozialdemokratische Antrag wurde abgelehnt gegen die Stimmen der Sozialdemokratie, der süddeutschen und der freisinnigen Volkspartei, der Polen und einiger Mitglieder der freisinnigen Vereinigung. Die von der Sozialdemokratie angeregten Debatten süßen sich als interessantes und wichtiges Blatt der Geschichte ein vom politischen Verkommen der Bourgeoisie und der aufsteigenden Entwicklung des Proletariats. Weiten Kreisen der werththätigen Masse haben sie Klarheit gezeigt, wie es mit dem gleichen Recht für Alle im Klassenstaat steht, und daß das Proletariat für jede Reform ausschließlich auf seine eigene Kraft zählen muß.

Jus primae noctis

im letzten Viertel des XIX. Jahrhunderts in Preußen.

Br. Die Geschichtsforscher, die bewußt oder instinktiv ihre Forschungen im Dienste der herrschenden Klassen anstellen, haben öfters behauptet, daß das jus primae noctis nichts als eine Sage sei, daß es weder in der Feudalzeit noch in sonst einer Epoche in deutschen Ländern existirt habe. Daß das jus primae noctis (das Recht der ersten Nacht) darin besteht, daß der Feudalherr das Recht des ersten Weischlases vor dem ehelichen Manne bei allen Leibeigenen hatte, wissen wohl die meisten Leserinnen. Wir wollen nun hier nicht in die Zeiten des mittelalterlichen Feudalismus zurückschreiten, sondern Verhältnisse der Gegenwart an der Hand der Statistik beleuchten. Verhältnisse der Gegenwart aber auch des Feudalismus. Folgt man

den Siebengescheiden der Bourgeoisie, so wird man in der Zusammenstellung von Gegenwart und Feudalismus einen unerhörten Widerspruch sehen. Die Leibeigenschaft ist doch in deutschen Ländern seit nun bald einem Jahrhundert in Folge der großen Revolution der Franzosen, unserer „Erbfeinde“, gänzlich abgeschafft. Sie mag heute in Afghanistan und im afrikanischen Sudan noch existiren, aber doch nicht in Preußen, wo nach dem Zusammenbruche des alten Regimes und des bevorrechteten Adels in der Schlacht bei Jena Friedrich Wilhelm III. zur Stein-Hardenbergischen Bauernbefreiung und damit zur Abschaffung von Feudalsystem und Leibeigenschaft gezwungen wurde. Gemach! Gemach! Trotz der übrigens weit über Verdienst gerühmten Stein-Hardenbergischen Gesetzgebung ist noch viel von Feudalismus und Leibeigenschaft in Preußen übrig geblieben. Ein Wort beweist dies treffender als die längsten Ausführungen, das Wort: Gesindeordnungen. So lange diese nicht mit Stumpf und Stiel ausgerottet sind, so lange auf Grund derselben die Rechte Hunderttausender abhängen von der Willkür ihrer Arbeitgeber, die selbst zur körperlichen Züchtigung berechtigt sind, so lange ist der Feudalismus in Deutschland nicht beseitigt. Mit seiner Verflauung von Arbeitern und vor allem von Arbeiterinnen blüht dieser Feudalismus noch heute in Stadt und Land. Ihn zu bekämpfen, ist heute wie nur je eine der dringendsten Aufgaben unserer Partei. All die Schattenseiten des Feudalsystems haften dem Diensthöfenwesen an: vollständige Knechtung der Arbeiter, ungemessene Arbeitszeit, ungenügender Schutz gegen Uebergriffe der „Arbeitgeber“, geringer Geldlohn, Ueberwiegen der Naturalleistungen, gemeinsame Wohnung mit dem Arbeitgeber, Mangel jedes Arbeiterschutzes, Fehlen der Pausen, der gesetzlichen Regelung der Arbeitszeit, der Sonntagsruhe, und vor allem Fehlen des Koalitionsrechtes. Im umgekehrten Verhältnisse zu den staatsbürgerlichen Rechten des Gesindes stehen die rechtlichen und thatsächlichen Befugnisse des „Arbeitgebers“. Wir haben hier ein vollkommen ausgebildetes patriarchalisches System vor uns, aber die Lichtseiten desselben sind vollkommen verschwunden, nur die Nachtseiten sind übrig geblieben.

Bei der Uebermacht des Unternehmertums, bei der vollständigen Abhängigkeit der Arbeitskräfte erklärt es sich leicht, daß Uebergriffe des wirtschaftlich und rechtlich Starken gegenüber dem fast vollständig wehrlosen wirtschaftlich und rechtlich Schwachen möglich sind und auch vorkommen. Nur zu häufig sind solche Uebergriffe des Unternehmertums den Industriearbeiterinnen gegenüber. Wir verweisen bloß auf die mit fürchterlicher Regelmäßigkeit im „Vorwärts“ veröffentlichten Inserate der Buchbinderorganisation, worin sie bestimmte Kartonnagefabriken für gesperrt erklärt, weil die Arbeiterinnen dort unsittlichen Attentaten der Unternehmer ausgesetzt sind. Und das geschieht in der Stadt Berlin, wo die Arbeiter Selbstbewußtsein, Rückhalt in den Massen besitzen, über gute Organisationen aller Art und eine gefürchtete und einflußreiche Presse verfügen; geschieht speziell in einem Berufe, wo von patriarchalischem Verhältnisse nicht die Spur übrig geblieben ist, wo die Arbeiterinnen eine thatkräftige und starke Organisation hinter sich haben. Diese Thatsache allein würde uns schon den Rückschluß gestatten, daß dort, wo die Arbeiter den bleiernen Druck der Gesindeordnung auf sich lasten fühlen, wo kein Koalitionsrecht existirt, wo die Arbeiterin über jede außer Hause verbrachte Minute Rechenschaft ablegen muß, wo sie also schutz- und hilflos in die Hand ihrer Ausbeuter gegeben ist, daß dort die Arbeiterinnen noch weit mehr Opfer der Sinnenlust ihrer „Brotgeber“ sein müssen, als in irgend einem Berufe sonst. Und dies ist auch der Fall, wie unsere weiteren Ausführungen zeigen werden. Daher sei auf eine fürchterliche soziale Erschütterung aufmerksam gemacht, die im Gefolge der zahllosen Angriffe auf die „dienenden“ Mädchen eintritt, nämlich auf die ungeheure Sterblichkeit der Diensthöfenkinder, vor allem im Säuglingsalter.

Von je 10000 Kindern starben im ersten Lebensjahre im Zeitraume 1880—1888 in Preußen:

beim Gesinde	3319
bei den ungelerten Arbeitern	2512
„ „ „ gelerten „	2284
„ „ „ selbständigen „	2159
„ „ „ Privatbeamten	2111
„ „ „ öffentlichen Beamten	2081

Zirka ein Drittel aller Diensthöfenkinder stirbt somit schon im ersten Jahre, während von den Kindern ungelerner Arbeiter erst ein Viertel, von denen der Beamten bloß zirka ein Fünftel vor vollendetem ersten Lebensjahre stirbt.

Vergleichen wir die Säuglingssterblichkeit beim Gesinde mit dem bei der Gesamtbevölkerung, und zwar getrennt für die einzelnen preußischen Provinzen, so ergibt sich folgendes Schreckensbild:

Es starben in den Jahren 1880—1888 unter je 10 000 Geborenen im ersten Lebensjahre:

in	beim Gefinde	bei der Ge- samtbevölkerung
Ostpreußen	3374	2499
Westpreußen	4028	2623
Brandenburg ohne Berlin	3354	2772
Berlin	3676	3026
Pommern	2907	2308
Posen	3342	2507
Schlesien	3547	2918
Sachsen	3312	2479
Schleswig-Holstein	2827	1839
Hannover	2444	1820
Westfalen	2300	1779
Hessen	2824	1883
Rheinland	3505	2160

Worin liegt der Grund dieser auffälligen Unterschiede?

Natürlich in sozialen Zuständen! Der ganzen Natur des Gesindeverhältnisses nach können in dieser Bevölkerungsschicht die weit aus meisten Geburten, die übrigens den 15. Theil sämtlicher Geburten in Preußen ausmachen, nicht eheliche Geburten sein, ist doch Ehelosigkeit eine der Vorbedingungen für das weibliche Gesinde. Die armen Kleinen, die so schnell dahingerafft werden, sind ihrer Mehrzahl nach uneheliche Kinder, deren Mütter aus dem Gesindeverhältnisse nicht heraustreten können, die sie nicht als Mütter zu betreten vermögen, und deren äußerst niedriger Geldlohn nicht ausreicht, dem Kinde auch nur die nothdürftigste Pflege zu sichern. Wenn wir noch erwähnen, daß es in Deutschland nach der Berufszählung vom 5. Juni 1882 855 425 weibliche Dienstmädchen gab, so wird man ersehen, welche fürchterliche Anklage gegen die heutige Wirtschaftsordnung in den oben angeführten Zahlen verborgen liegt.

Wie stark die Säuglingssterblichkeit bei den Dienstmädchenkindern ist, geht aus der Thatsache hervor, daß sie in einigen preussischen Landestheilen sogar größer war, als die der unehelichen Kinder überhaupt. Eine kleine Tabelle wird dies veranschaulichen:

in	beim Gefinde 1877 und 78	bei den unehelichen Kindern 1877—79
Preussischen Staate	4268	4388
Ostpreußen	5327	4938
Westpreußen	5731	5293
Brandenburg ohne Berlin	4528	4387
Pommern	4313	3968
Posen	5547	5195
Schlesien	4176	4632
Sachsen	3941	3908
Schleswig-Holstein	4141	3822
Hannover	3301	3326
Westfalen	2797	3318
Hessen	3419	3366
Rheinland	3307	3765

In den Stadtgemeinden einiger Provinzen mit besonders hoher Sterblichkeit der Dienstmädchenkinder, wie Ost- und Westpreußen, Pommerns, Posens und Schleswig-Holsteins, kamen auf zehn eheliche Geburten in der Gesindeklasse in Ost- und Westpreußen 185, in Pommern 165, in Posen 80 und in Schleswig-Holstein 125 uneheliche Geburten.*

Daß die Säuglingssterblichkeit bei den Dienstmädchenkindern noch größer ist, wie bei den unehelichen Kindern aller Bevölkerungsschichten, muß lediglich auf den Umstand zurückgeführt werden, daß eine Aufziehung der Kinder durch die „dienende“ Mutter fast immer ausgeschlossen ist, während in anderen Bevölkerungsschichten jedenfalls ein größerer Prozentsatz der unehelichen Kinder unter der mütterlichen Obhut verbleibt.

Statistisch läßt es sich freilich nicht nachweisen, wer die Väter der Dienstmädchenkinder sind. Daß die Mehrzahl derselben aber die direkten „Arbeitgeber“ der geschwängerten Mädchen sind, liegt bei der außerordentlichen Abhängigkeit des Gesindes von dem „Herrn“ außerordentlich nahe. Niemandem gegenüber ist das Dienstmädchen schutz- und wehrloser, als ihrem Dienstgeber gegenüber, Niemandem gegenüber

ist der Klassenhochmuth, das Machtgefühl, der Skavenhaltercharakter des modernen Bourgeois fester ausgebildet, als gegenüber dem modernen Hausknecht, dem Dienstmädchen. Diesem darf keine Arbeit zu viel und zu schwer sein, kein Auftrag zu früh oder zu spät gegeben werden. Aller Freiheit bar muß sie sich auch alles bieten lassen, und wo das geschriebene „Recht“ der Gesindeordnung nicht ausreicht, da tritt als Ergänzung die Machtfülle des Bourgeois ein. So ist es leicht zu erklären, daß unzählige Dienstmädchen jahraus jahrein der Sinnelust gewissenloser Bourgeois zum Opfer fallen, die sich am Ausgange des 19. Jahrhunderts ein jus primae noctis armen Proletarierinnen gegenüber ebenso anmaßen, wie die Feudalherren des Mittelalters gegenüber ihren weiblichen Hörigen.

Kleine Nachrichten.

Das Frauenstimmrecht ist in der Gemeinde Friedrichstadt in Schleswig-Holstein eingeführt worden. Ohne Unterschied des Geschlechts sind sämtliche Gemeindeangehörige stimmberechtigt, sobald sie ihre Großjährigkeit erreicht haben. Die Gemeinde steht mit dieser Reform einzig in Deutschland da. In Sachsen und — soviel uns erinnerlich — auch in Baden besitzen die Frauen ebenfalls das aktive Wahlrecht zu den Gemeinderathswahlen, aber nur wenn sie Grundbesitzerinnen, unverheiratet oder verwitwet sind. Das Wahlrecht ist hier aber an den Besitz und nicht an die Person gebunden, während in Friedrichstadt die Frau als Person das Wahlrecht erlangt hat. Wir hoffen, daß der treffliche Herr von Köller, dessen Verständniß für die Gleichberechtigung des weiblichen Geschlechts bekanntlich seinem Verständniß für Literatur ebenbürtig ist, über diesen freveln „Umsturz“ der Friedrichstädter nicht den burschikosen Gleichmuth seiner schönen Seele verliert.

Der gesundheitschädigende Einfluß der Nähmaschinenarbeit ist kürzlich von dem französischen Fabrikinspektor Laporte betont worden. Derselbe sagt u. A.: „Es ist selten, daß eine Arbeiterin an der Nähmaschine, selbst wenn sie kräftig und von guter Konstitution ist, lange ihrer Beschäftigung nachgehen kann, ohne brustkrank zu werden.“ Die Inhaberin einer Nähstube, erklärte dem Fabrikinspektor auf Befragen: „Nach Ablauf von 10 Jahren ist eine Maschinennäherin reif für das Hospital.“ In dem Bericht eines Arztes, der dem Gesundheitsrathe des Departements Seine angehört, und den Laporte zitiert, heißt es: „Schon eine zweijährige Thätigkeit an der Nähmaschine genügt, um auch den stärksten Organismus eines Mädchens zu zerstören. Veränderungen der Lage der Gebärmutter und Menstruationsstörungen mit all ihren Begleiterscheinungen treten ein, und noch einige Jahre weiterer Thätigkeit genügen, um die Organe des Unterleibs so zu beeinflussen, daß eine Maschinennäherin nicht mehr im Stande ist, ein Kind vollständig auszutragen, sondern meist Früh- und Fehlgeburten macht.“ Den Unternehmern ist der gesundheitschädliche Einfluß des Maschinennähens auf den weiblichen Organismus wohl bekannt. Trotz alledem treiben sie denselben auf die Spitze durch Hungerlöhne, welche die Arbeiterinnen zwingen, angespannt und unbegrenzt lange Zeit die Maschine zu treten. Auch die Maschinennäherinnen wissen sehr wohl, wie unheilvoll ihre Beschäftigung Gesundheit und Lebenskraft beeinflusst. Trotz alledem zwingt sie die bitterste Noth, von früh bis spät, oft bis in die folgende Frühe an der Maschine zu schufteln und zu schanzeln. Die herrliche kapitalistische Ordnung (!) der Dinge führt durch den Provithunger auf der einen Seite, durch die Armuth auf der anderen zur wüthendsten Vergeudung menschlicher Lebenskraft, zum gewissenlosen Raubbau mit Menschenleben.

Gesetzliche Maßregeln zur Hebung des Arbeiterinnenverdienstes sollen — beruhige dich deutscher Kapitalist — nicht etwa in Deutschland, sondern im Staate New York ergriffen werden. Im Repräsentantenhaus des Landes wurde eine dahin lautende Resolution eingebracht und angenommen. Dieselbe stellte fest, daß in der Stadt New York allein 100 000 Frauen arbeiten, welche im Durchschnitt 60 Cents Tagesverdienst haben, und daß bei einer solchen Einnahme auch eine bescheidene Existenzführung nicht möglich sei. Die Resolution forderte deshalb die Einsetzung eines Fünferkomites, das in New York öffentliche Versammlungen beaufsichtigt, die Arbeiterinnenlöhne veranstalten soll und beauftragt ist, geeignete gesetzliche Maßregeln vorzuschlagen, um die ungünstigen Erwerbsverhältnisse der Arbeiterinnen zu verbessern. Die Resolution fand eine starke Majorität. Wer die amerikanischen Verhältnisse auch nur annähernd kennt und weiß, mit welcher Frechheit gerade das amerikanische Proletariat alle gesetzlichen Maßregeln zum Schutze des Proletariats übertritt, der wird dem obigen Beschluß keine allzu große praktische Bedeutung zumessen. Bezeichnend und erwähnenswerth bleibt er trotz alledem.

* Die thatsächlichen Angaben sind entnommen dem V. Bande der „Beiträge zur Geschichte der Bevölkerung in Deutschland seit dem Anfange dieses Jahrhunderts.“ Herausgegeben von F. L. Neumann: Dr. Seute-mann, Kindersterblichkeit sozialer Bevölkerungsgruppen, insbesondere im preussischen Staate und seinen Provinzen. Tübingen 1894.